

Die zivilen Friedensfähigkeiten stärken!



Wer nur einen Hammer hat, sieht in jedem Problem einen Nagel. Dieser bekannte Spruch bringt eine Fehlentwicklung der aktuellen Politik auf den Punkt: Den eindimensionalen Fokus auf die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und militärische Mittel im Umgang mit Krisen und Konflikten. Die Möglichkeiten ziviler Friedensförderung und Krisenprävention rücken dabei immer weiter in den Hintergrund. Kapazitäten werden abgebaut. Deutschlands zivile Friedensfähigkeiten gehen verloren.

Im Jahr 2022 sanken die Bundesmittel für Humanitäre Hilfe, Krisenprävention und Entwicklungspolitik erstmals seit Jahren auf nur noch 16,36 Milliarden Euro. Laut der aktuellen Finanzplanung sind sogar weitere Kürzungen vorgesehen. Für Verteidigung hingegen gibt Deutschland mit 50,4 Milliarden Euro rund drei Mal so viel aus. Hinzu kommt

noch das sogenannte Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro. Dabei mangelt es nicht an Warnsignalen: Inzwischen lebt jeder vierte Mensch in einer Region, die von Kriegen und gewaltsamen Konflikten betroffen ist. Mehr als 100 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Vor diesem Hintergrund drängt António Guterres, Generalsekretär der Vereinten Nationen, die Regierungen aller Staaten eindringlich, mehr in Prävention und Friedensförderung zu investieren.

Gegenstimme zum Ruf nach Militär

Stellen wir uns einen Moment lang vor, eine große Zahl der Abgeordneten im Deutschen Bundestag würde sich öffentlich zu ziviler Krisenprävention bekennen. Stellen wir uns vor, sie erheben eine wahrnehmbare Gegenstimme zum immer lauter werdenden Ruf nach mehr militärischer Stärke.

Finanzminister
Christian Lindner
(FDP) spricht im
Deutschen Bundes-
tag zum Haushalt
Foto: dpa

Schließen sich genug Abgeordnete an, ließe sich der aktuelle Trend in der Haushaltspolitik umkehren: Die Bundesmittel für zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung würden deutlich erhöht. Damit könnten etwa bewährte und international anerkannte Programme wie der Zivile Friedensdienst ausgebaut werden, so dass sie sich effektiver für Dialog, Menschenrechte und Frieden vor Ort einsetzen können. Und auch zivile Friedensmissionen und regionale Organisationen wie die OSZE würden in ihrer Handlungsfähigkeit gestärkt.

Erklärung für Abgeordnete

Damit diese Idee Wirklichkeit werden kann, haben Ohne Rüstung Leben, das Forum Ziviler Friedensdienst und über 60 weitere Organisationen am 1. September 2022 eine neue Kampagne gestartet.

Wir wollen erreichen, dass Deutschland dem Aufruf des UN-Generalsekretärs folgt und die zentrale Rolle von Krisenprävention und Friedensförderung anerkennt. Hierzu haben wir eine Erklärung formuliert und fordern alle Bundestagsabgeordneten auf, diese zu unterzeichnen. Es heißt darin unter anderem: »Wir wollen Deutschlands zivile Friedensfähigkeiten stärken. Unser Land soll noch mehr zur Prävention und Entschärfung internationaler Krisen, Kriege und Konflikte beitragen. Darum werden wir uns im Rahmen unseres Mandates als Mitglieder des Deutschen Bundestages dafür einsetzen, die Mittel für zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung in dieser Legislaturperiode deutlich auszubauen.«

Kerstin Deibert

Erklärung für Bundestagsabgeordnete

Deutschlands zivile Friedensfähigkeiten stärken

Abgeordnete für Frieden

Erklärung

Deutschlands zivile Friedensfähigkeiten stärken

Wir, die unterzeichnenden Abgeordneten des Deutschen Bundestags, bekennen uns zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen. Die aktuellen Kriege und internationalen Konflikte werfen die Weltgemeinschaft in ihren Bemühungen für den Schutz unserer Lebensgrundlagen und ein Leben in Sicherheit und Würde für alle Menschen dramatisch zurück.

Wir unterstützen den Aufruf des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, angesichts der Vielzahl aktueller Krisen und Konflikte mehr in Prävention und Friedensförderung zu investieren. Auch Deutschland muss dafür mehr Verantwortung übernehmen.

Wir wollen Deutschlands zivile Friedensfähigkeiten stärken. Unser Land soll noch mehr zur Prävention und Entschärfung internationaler Krisen, Kriege und Konflikte beitragen. **Darum werden wir uns im Rahmen unseres Mandates als Mitglieder des Deutschen Bundestages dafür einsetzen, die Mittel für zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung in dieser Legislaturperiode deutlich auszubauen.**

Name: _____

Fraktion: _____

Unterschrift Abgeordnete*in des Deutschen Bundestages: _____

Erklärung unterzeichnen und einsenden:
per E-Mail: kontakt@frieden-stark-machen.de oder
per Post: **Kampagne „Deutschlands zivile Friedensfähigkeiten stärken“**
c/o forumZFD, Am Kölner Brett 8, 50825 Köln

Sie können diese Erklärung auch online unterzeichnen auf:

www.frieden-stark-machen.de

Wir möchten erreichen, dass sich möglichst viele Bundestagsabgeordnete öffentlich für einen deutlichen Ausbau der Mittel für zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung stark machen.

Sprechen Sie daher jetzt mit den Abgeordneten Ihres Wahlkreises – oder schreiben Sie ihnen. Fordern Sie die Abgeordneten auf, unsere Erklärung »Deutschlands zivile Friedensfähigkeiten stärken« zu unterschreiben. Gute Argumente und den Wortlaut der Erklärung finden Sie im Faltblatt zur Kampagne.

Weitere Faltblätter erhalten Sie kostenlos bei der Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711 608396, orl-info@gaia.de. Diese Kampagne finden Sie auch unter www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen.



»Sprecht mit denen, findet eine Lösung«

Vorschläge und Impulse für Verhandlungen im Ukraine-Krieg



Es ist paradox. Bundespolitik und deutsche Medienöffentlichkeit diskutieren ausdauernd und emotional über bislang unbekannte Waffenkategorien. Einige fabulieren von einem Sieg über die weltweit größte Atommacht; andere wiederum konstruieren skurrile Rechtfertigungen für einen völkerrechtswidrigen Krieg. Und während sich hierzulande die Debatten darum drehen, das eigene Weltbild zu verteidigen, vermittelt ausgerechnet der türkische Premier Recep Tayyip Erdoğan eine Einigung zwischen den Kriegsgegnern über die sichere Ausfuhr von Weizen. Damit leistet er einen unschätzbaren Beitrag zur Linderung des Hungers auf der Welt. Und führt uns vor Augen, wie verschoben unsere Prioritäten in diesen Tagen sind.

Dabei sollte das erste Ziel all unserer Bemühungen klar sein: Es muss darum gehen, das Töten und das Leid in der Ukraine schnellstmöglich zu beenden, ohne dabei die regelbasierte Weltordnung aufzugeben. Dafür gibt es verschiedene gute Vorschläge und Impulse – doch die finden kaum Aufmerksamkeit. Einige Beispiele.

Naledi Pandor: »Die Welt muss an einer Lösung arbeiten«

Am Rande des G7-Gipfels im Juni 2022 gab die südafrikanische Außenministerin Naledi Pandor dem ZDF ein Interview. Sie zeigt darin eindrucksvoll,

Naledi Pandor,
Außenministerin
von Südafrika
Foto: dpa

wie es möglich ist, Position zum Ukraine-Krieg zu beziehen, ohne in Blockdenken und Feindbilder zu verfallen. »Wir behandeln alle Länder, die unterdrückt werden, auf gleiche Weise«, stellt Pandor klar. »Der feindselige Einbruch in die Souveränität eines Landes ist ein Verstoß gegen die UN-Charta ... aber wir beharren darauf, dass ein solcher Krieg nur auf dem Verhandlungsweg beendet werden kann.«

Pandor strahlt große Lebenserfahrung aus; während des gesamten Interviews spricht sie mit Bedacht. Und sie appelliert an Politik und Medien, ihre eigenen Worte zu überdenken. Russland oder die Ukraine verbal abzuwerten sei nicht hilfreich: »Wir sollten eine Sprache benutzen, die zu einem Ergebnis führt, das das Leben der Menschen in der Ukraine rettet«. Die mächtigsten Politikerinnen und Politiker der Welt müssten nun dringend ihr politisches Gewicht in die Waagschale werfen und zusammen an einer Lösung arbeiten. »Wir sind entsetzt, zu sehen, dass in diesem Konflikt, in dem Tausende ihr Leben verlieren ... die Verantwortlichen nicht in der Lage sind, das zu tun, was Südafrika getan hat«, sagt Pandor mit Blick auf die Apartheits-Geschichte ihres Landes. »Wir wurden

doch durch alle Welt ermutigt, mit unseren Feinden zu reden, die unsere Eltern ins Gefängnis geworfen und unsere Familien umgebracht hatten. Man hat uns gesagt: Sprecht mit denen, findet eine Lösung. Und das erwarten wir jetzt auch.« Südafrika sei zwar klein, doch es habe Erfahrung mit Konfliktlösung und sei bereit, in der Weltgemeinschaft seinen Beitrag zu leisten.

IPPNW-Papier: Friedenspläne für die Ukraine

Wie könnten Verhandlungen über einen Waffenstillstand aussehen? Die Internationalen Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) haben wichtige Hintergründe dazu im Informationspapier *Waffenstillstand und Frieden für die Ukraine* zusammengetragen. Demnach gibt es drei relativ konkrete Friedenspläne: Den *Zehn-Punkte-Plan von Istanbul*, den Vorschlag Italiens und den des Vatikans. Gemeinsam ist diesen Plänen, dass sie von Verhandlungen zwischen den Kriegsparteien, internationalen Kontrollmechanismen sowie einer Bündnisneutralität der Ukraine ausgehen. Von beiden Seiten anerkannte Staaten könnten dabei als Vermittler dienen.

Stichwort: *Budapester Memorandum*



Der ukrainische Präsident Leonid Krawtschuk, der russische Präsident Boris Jelzin und US-Präsident Bill Clinton im Jahr 1994
Foto: dpa

Bereits die Annexion der Krim 2014 stellte einen klaren Bruch des *Budapester Memorandums* durch Russland dar. In dem völkerrechtlich bindenden Dokument vom 5. Dezember 1994 geben Russland, die USA und Großbritannien der Ukraine umfangreiche Sicherheitsgarantien und betonen ihre territoriale Integrität (analoge Abkommen existieren für Belarus und Kasachstan).

Im Gegenzug gab der ukrainische Präsident Leonid Krawtschuk seinen Widerstand gegen den Abzug der auf seinem Territorium stationierten sowjetischen Atomwaffen auf und machte so den Weg für einen Beitritt zum Nichtverbreitungsvertrag frei.

Als ehemalige Atommacht kann die Ukraine dennoch nicht ohne weiteres bezeichnet werden: »Faktisch ist es so, dass die Ukraine wohl nie vollständige Verfügungsgewalt über diese Waffen hatte«, betont Dr. Oliver Meier vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Uni Hamburg. »Die Codes lagen nach wie vor in Moskau.«



Friedensgutachten 2022: Konkrete Verhandlungen und atomare Abrüstung

Was die deutsche Außenpolitik tun könnte, um einen solchen diplomatischen Prozess zu unterstützen, lässt sich im Friedensgutachten 2022 der vier großen deutschen Friedensforschungsinstitute nachlesen. Die Entscheidung der Bundesregierung, die Ukraine militärisch zu unterstützen, bezeichnen die Autorinnen und Autoren als »nachvollziehbar«. Gleichzeitig jedoch müsse der Westen handlungsbereit sein und gegenüber Russland »diplomatische Auswege aus dem Krieg« aufzeigen. Sonst könnten auch die Sanktionen die erhoffte Wirkung verfehlen.

Das Friedensgutachten warnt davor, das Ziel einer Annäherung und Entspannungspolitik aufzugeben. Jetzt sei der Zeitpunkt, sich Gedanken über eine neue, kooperative Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa zu machen. Gleich an mehreren Stellen betonen die Autorinnen und Autoren, wie notwendig dazu mehr Investitionen in Entwicklungszusammenarbeit, Humanitäre Hilfe und zivile Krisenprävention seien.

Ausführlich geht das Friedensgutachten auf die Frage der nuklearen Rüstungskontrolle ein. Welt-

weit sei längst ein neues, unkontrolliertes Wett-rüsten in Gange. Der Ukraine-Krieg zeige die große Gefahr einer nuklearen Eskalation in Europa. Daher solle Deutschland darauf drängen, dass die NATO einen Ersteinsatz von Atomwaffen ausschließt. Doch die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gehen noch deutlich weiter: »Mittelfristig kann nukleare Deeskalation in Europa nur durch ein Ende der nuklearen Teilhabe erreicht werden«. Die Bundesregierung solle daher einen Prozess zum Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einleiten und im Gegenzug einen Verzicht auf die angedrohte Stationierung russischer Atomwaffen in Belarus einfordern.

Es gibt also durchaus Wege für die Politik, sich zielgerichtet für Deeskalation, einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen einzusetzen. Ohne Rüstung Leben fordert die Bundesregierung auf, diese Möglichkeiten endlich mit Nachdruck zu nutzen!

Simon Bödecker

Gemeinsam mit vielen weiteren Organisationen rufen wir für den 19. November 2022 zu Kundgebungen unter dem Motto »Stoppt das Töten in der Ukraine – Aufrüstung ist nicht die Lösung!« auf. Mehr unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten.

»Imagine Peace« ist die Botschaft eines Wandbildes in Düsseldorf-Bilk
Foto: Simon Bödecker



Beträchtliche Risiken

Der F-35-Bomber ist teuer und hat zahlreiche Mängel

Noch nicht ausge-
reift – ein F-35A von
Lockheed Martin
Foto: Pixabay.com

Im Rahmen ihres 100-Milliarden-Euro-Aufrüstungspaketes hat die Ampel-Regierung eine Bestellung von F-35-Tarnkappenbombern bei Lockheed Martin beschlossen. Diese sollen im Rahmen der nuklearen Teilhabe als Trägerflugzeuge für US-Atombomben dienen. Da die Beschaffung im Foreign Military Sales-Verfahren erfolgt, muss der US-Kongress sie billigen. Ein Vertragsabschluss wird im Herbst 2022 erwartet; das erste Flugzeug erhofft sich die Bundesregierung 2026. Allein für Beschaffung, Ausstattung und Bewaffnung der 35 Bomber stehen geschätzte Kosten von 8,5 Milliarden Euro im Raum. Doch dabei wird es nicht bleiben.

Der Jurist und Friedensforscher Johannes Mikeska hat das vermeintlich »modernste Kampfflugzeug der Welt« für seine Studie *Die F-35: Viel Geld für wenig Sicherheit* einer umfangreichen Analyse unterzogen. Demnach erfüllt der Flugzeugtyp – obwohl er bereits seit über zehn Jahren im Einsatz ist – bis heute nicht die Anforderungen an ein ausgereiftes Flugzeug. Die Liste der Mängel ist lang. Besonders gravierend: unzuverlässige Triebwerke, eine erschreckend geringe Einsatzbereitschaft und schwerwiegende Probleme bei der Softwareentwicklung. »Die Bundesregierung erwägt also den Kauf eines Kampfflugzeuges, das seine vorgesehenen Aufgaben möglicherweise gar nicht oder nur ab und zu erfüllen können«, schlussfolgert Mikeska.

F-35 nicht vor 2029 voll einsatzbereit

Im Anschluss an die milliardenschwere Beschaffung und mögliche kostspielige Nachrüstungen muss die Bundeswehr zudem mit hohen Betriebskosten für die F-35 rechnen. Mikeska veranschlagt hier sehr vorsichtig 14,25 Milliarden Euro für eine Nutzungsdauer von 30 Jahren, betont jedoch zugleich: »Die Risiken noch weiter steigender Betriebskosten sind bei der F-35 beträchtlich«. Zunächst jedoch bleibe völlig unklar, wann die Entwicklung des für Deutschland vorgesehenen Flugzeugmodells F-35A Block 4 überhaupt abgeschlossen werde. Ein Datum vor 2029 sei unrealistisch.

Diese Unsicherheit beeinflusst vermutlich auch die geplante Stationierung neuer US-Atombomben vom Typ B61-12 in Deutschland. Die neuen Bomben sollen alle bisher in Europa lagernden B61-3 und B61-4 ersetzen. Die B61-12 lässt sich zielgenauer navigieren und verfügt über eine variable Sprengkraft. Kritische Stimmen wie Ohne Rüstung Leben warnen schon seit langem, dass dies keine positiven Eigenschaften sind. Im Gegenteil: Es ist zu befürchten, dass mit den vermeintlich kontrollierbaren neuen Atombomben auch die Hemmschwelle für ihren Einsatz sinkt. Die Gefahr, dass die Politik willentlich das Risiko eines Atomkrieges eingeht, nimmt dadurch auf bedenkliche Weise zu. Und sie würde künftig auch von Büchel ausgehen

Katastrophale humanitäre Folgen

Es sind jedoch auch positive Entwicklungen zu erkennen: Die deutsche Bundesregierung sucht offenbar aktiv die Rolle als Vermittlerin zwischen den Staaten des UN-Atomwaffenverbotsvertrages (AVV) und den Atomwaffenstaaten in der NATO. Das ist ein wichtiger Fortschritt, zumal die Überprüfungskonferenz des zweiten zentralen Rüstungskontrollabkommens – des Nichtverbreitungsvertrages (NVV) – im August 2022 erneut ergebnislos zu Ende ging. Und auch die wichtigste Botschaft des AVV scheint endlich in Berlin angekommen zu sein: Atomwaffen haben katastrophale humanitäre Folgen. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach twitterte beispielsweise im August sichtlich beeindruckt über eine Simulation der gravierenden Klimafolgen eines Atomkrieges: »Milliarden Menschen würden unter der Rußschicht verhungern«.

Bundesregierung hat es in der Hand

So befindet sich die Ampel-Regierung an einem Scheideweg: Sie kann weiter auf die irrationale »nukleare Abschreckung« vertrauen. Dann würden die neuen B61-12-Bomben in Büchel stationiert und die F-35-Kampfflugzeuge, sobald sie einsatzbereit sind, für die nächsten Jahrzehnte die Rolle des deut-

schen Atomwaffenträgers übernehmen. Deutschland bliebe potenzielles Ziel und potenzieller Ausgangsort atomarer Angriffe. Ein krasser Gegensatz zu allen Versprechen der Ampel-Parteien, sich aktiv für eine atomwaffenfreie Welt einzusetzen.

Doch so muss es nicht kommen. Deutschland könnte auch dem Weg der Annäherung an den AVV weiter folgen. Damit einhergehend wäre es durchaus möglich – wie im Friedensgutachten 2022 gefordert – die US-Atomwaffen bis 2030 aus Deutschland abzuziehen. Die F-35-Bomber müssten dann gar nicht erst für Atomwaffen ausgerüstet werden, sondern könnten andere Aufgaben übernehmen. Die Bundesregierung hat es in der Hand. Und Ohne Rüstung Leben arbeitet als deutscher ICAN-Partner weiter mit aller Kraft daran, dass sie sich für den zweiten, den vernunftgeleiteten Weg entscheidet.

Simon Bödecker

Auch 2022 will die Bundeswehr im Rahmen des NATO-Manövers Steadfast Noon den Einsatz von Atomwaffen üben. Im Zentrum steht der Flugplatz Nörvenich bei Köln, da der Fliegerhorst Büchel derzeit saniert wird. Wir rufen zur Demonstration »Atomkriegsmanöver 2022 absagen!« am 22. Oktober 2022, ab 12:00 Uhr auf dem Schlossplatz in Nörvenich auf. Mehr Informationen unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/atomwaffenverbot.



Nach ihrer Rede bei der NVV-Überprüfungskonferenz in New York traf sich Bundesaußenministerin Annalena Baerbock am 2. August 2022 mit der Jugenddelegation deutscher Friedensorganisationen
Foto: Netzwerk Friedenskooperative

Auf erschreckend hohem Niveau

Deutsche Rüstungsexporte 2021 und 2022

Ende August 2022 verabschiedete das Bundeskabinett den Rüstungsexportbericht 2021 der Bundesregierung. Der Wert der Einzelausfuhrgenehmigungen im Jahr 2021 betrug demnach fast 9,4 Milliarden Euro. Einen so hohen Wert hatte zuvor noch keine Bundesregierung in einem Jahr genehmigt! Das zeigt aufs Neue, wie dringend Deutschland ein wirklich restriktives Rüstungsexportkontrollgesetz braucht.

Rüstungsexporte 2021 auf historischem Hoch

Gleich zu Beginn der begleitenden Pressemitteilung macht die Ampel-Regierung deutlich: Die Zahlen des Exportberichtes bezögen sich auf 2021 und gingen

damit auf Entscheidungen der Vorgängerregierung zurück. Nur etwa drei Prozent der Ausfuhrgenehmigungen seien von der Ampel-Bundesregierung nach ihrer Amtsübernahme am 8. Dezember 2021 genehmigt worden. Eine verständliche Klarstellung für eine Regierung, die versprochen hat, die deutsche Rüstungsexportpolitik auf den Prüfstand zu stellen. Denn es handelt sich beim Genehmigungswert für 2021 nicht nur um eine historische Höchstmarke; deutlich mehr als die Hälfte des Wertes (circa 64 Prozent) entfällt auch noch auf Genehmigungen für Rüstungsexporte an Drittstaaten. Der Löwenanteil daran (rund vier Milliarden Euro) geht an Ägypten – durchgewunken von der Regierung Merkel in den letzten neun Tagen vor der Amtsübergabe.

Drittstaatenanteil sinkt, Fragezeichen bleiben

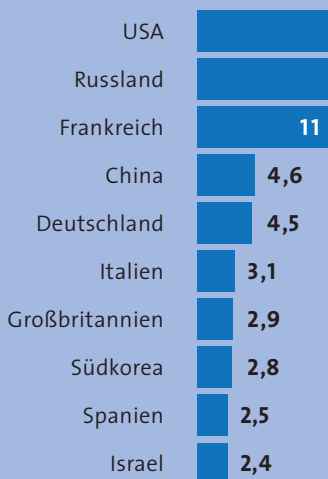
Die Zahlen für die ersten acht Monate des Jahres 2022 zeigen tatsächlich eine Veränderung auf: Hier sank der Anteil der Rüstungsexporte an Drittstaaten deutlich. Rund drei Viertel des Gesamtwertes entfielen auf Genehmigungen an EU-, NATO- und gleichgestellte Staaten. Mehr als die Hälfte des verbleibenden Wertes für Ausfuhrgenehmigungen an Drittstaaten entfiel zudem auf Lieferungen an die Ukraine. Das Absinken des Drittstaatenanteils lässt hoffen; es bleibt jedoch abzuwarten, ob sich dies bis zum Ende des Jahres fortsetzt. Denn auch im ersten Halbjahr 2021 war der Anteil gering, bevor er in der zweiten Jahreshälfte in die Höhe schnellte.

Quelle: SIPRI Fact Sheet *Trends in International Arms Transfers, 2021*

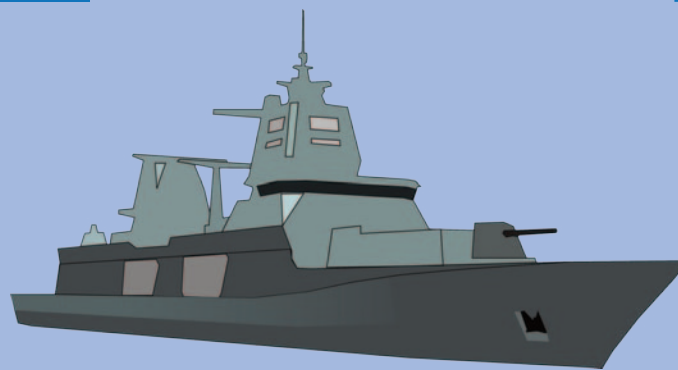
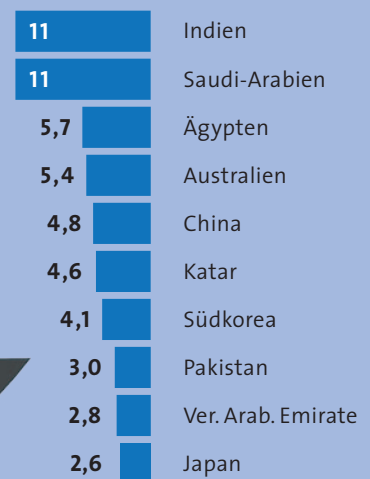
Internationaler Waffenhandel

Anteile am Welthandel mit konventionellen Großwaffen in Prozent (2017 bis 2021)

Die größten Exporteure



Die größten Importeure



Zudem sind unter den Drittstaaten weiterhin problematische Empfängerländer wie Brasilien, Singapur, Katar und Algerien. Der erste Eindruck darf außerdem nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich der absolute Wert aller Rüstungsexportgenehmigungen weiterhin auf erschreckend hohem Niveau bewegt. Er betrug bis Ende August 2022 bereits 5,28 Milliarden Euro. Den gestiegenen Wert der Kleinwaffenexporte (bis Ende August 2022: 77,3 Millionen Euro; gesamtes Jahr 2021: 43,9 Millionen Euro) gilt es ebenfalls im Blick zu behalten. Hier bezog sich jedoch weiterhin nur rund ein Prozent des Genehmigungswertes auf Lieferungen an Drittstaaten – ein Erfolg des langjährigen zivilgesellschaftlichen Engagements.

Neues Exportkontrollgesetz kommt

Im Herbst 2022 will die Bundesregierung ihre Eckpunkte für das neue Rüstungsexportkontroll-



gesetz vorlegen. Wir fordern, dass diese ein grundsätzliches Exportverbot und ein Verbandsklagerecht beinhalten. Wenn überhaupt, dürfen Rüstungsexporte also nur noch in begründungspflichtigen Ausnahmefällen möglich sein. Dafür müssen alle Rüstungsexporte – egal in welches Land – den gleichen eindeutigen, strengen und juristisch überprüfbaren Kriterien unterworfen werden. Das zuständige Wirtschaftsministerium hat jedoch bereits angedeutet, dass es

Exporte in Drittstaaten zwar verbindlicher regeln, Waffenlieferungen an »Verbündete und Wertepartner« aber vereinfachen und unbürokratischer machen will. Das dürfte noch für einige Diskussionen sorgen.

Charlotte Kehne

Sobald die Eckpunkte für das Rüstungsexportkontrollgesetz veröffentlicht werden, finden Sie unsere Bewertung unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten.

Für den Export bestimmte Patrouillenboote auf dem Gelände der Peene-Werft in Wolgast
Foto: dpa

Neues Handbuch Rüstung der Informationsstelle Militarisation

In den ersten sieben Monaten des Jahres 2022 konnten insbesondere Rüstungsunternehmen aus Niedersachsen, Baden-Württemberg und Bayern von Rüstungsexportgenehmigungen profitieren. Auf Unternehmen in diesen Bundesländern entfielen mehr als drei Viertel des Wertes aller Einzelausfuhrgenehmigungen.

In welchen Regionen die Rüstungsindustrie in Deutschland außerdem weit verzweigt ist, zeigt ein Blick auf die Karte im *Handbuch Rüstung* der Informationsstelle Militarisation (IMI).

Basierend auf eigenen Recherchen und den Mitgliederverzeichnissen zweier großer Lobbyverbände bietet das neue Handbuch einen umfassenden Überblick über die Rüstungsindustrie in Deutschland.

Die Autorinnen und Autoren wollen damit »jeden und jede in die Lage versetzen, sich über den Kontext und die Produkte einer Firma in ihrer Nähe überblicksartig zu informieren und anregen, weitere eigene Recherchen anzustrengen«.



Die Broschüre (DIN A4, 100 S.) kann kostenlos heruntergeladen oder für 8 Euro zzgl. Versandkosten bestellt werden unter www.imi-online.de/2022/08/11/handbuch-ruestung-2/.

Nicht ein, sondern *das* Thema

11. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen

Die Ökumene fand abermals klare Worte: »Wir schließen uns der Botschaft der Vollversammlung von Amsterdam (1948) an, dass ›Krieg nach Gottes Willen nicht sein soll‹ ... Wir beklagen, dass wir diese Aussagen wiederholen müssen«. So schreiben die Delegierten in der Botschaft der 11. Ökumenischen Vollversammlung in Karlsruhe. In weiteren Beschlüssen fordern sie »ein Ende des Exports von Waffen und Rüstungsgütern, die Konflikte in der ganzen Welt anheizen« und den Beitritt aller Staaten zum UN-Atomwaffenvertragsvertrag (AVV). Die Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) rufen sie unter anderem auf, über die Vereinbarkeit der »nuklearen Abschreckung« mit christlichen Grundsätzen nachzudenken.

Damit nimmt der ÖRK erneut fortschrittliche und weitreichende Positionen zu Frieden und Abrüstung ein. Ohne Rüstung Leben hatte darauf gehofft und dies gemeinsam mit weiteren Organisationen im August 2022 in einem Offenen Brief an den Zentralausschuss des ÖRK und die Delegierten der Vollversammlung formuliert. Schon zuvor richtete unser Friedensappell »Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein« konkrete Forderungen an die einladenden Kirchen in Deutschland, Frankreich und der Schweiz. Mehr als 5.200 Menschen haben den Friedensappell unterzeichnet. Denn während die weltweite Ökumene oft wegweisende Beschlüsse fällt, bleibt etwa die Evangelische Kirche in Deutschland in vielen Fragen weit dahinter zurück.

Im Begegnungsprogramm der Vollversammlung in Karlsruhe bot Ohne Rüstung Leben am 7. September 2022 einen Workshop zu Friedensfragen an. Rund 40 Menschen nahmen daran teil – so viele, dass kurzfristig in einen größeren Raum gewechselt werden musste. Engagiert und nachdenklich tauschten sie sich unter anderem über veränderte Narrative angesichts des Ukraine-Krieges aus. Fehlendes Bewusstsein und Wissen über zivile Alternativen im Umgang mit Krisen und Konflikten seien Teil des Problems. Zudem diskutierten die Teilnehmenden über Feindbilder und ihre konfliktverschärfende Wirkung. Leidenschaftlich wurde immer wieder betont, dass es Auftrag der Kirchen sei, für Versöhnung zu sorgen.

Teilnehmende des Workshops in Karlsruhe mit Charlotte Kehne und Kerstin Deibert von Ohne Rüstung Leben
Foto: privat



»Für mich war der Austausch ein ermutigendes Zeichen für das Friedenspotenzial der Kirchen«, betonte Kerstin Deibert von Ohne Rüstung Leben abschließend. »Im Raum war deutlich zu spüren, wie viel Energie und Hingabe in den Menschen steckt. Eine Teilnehmerin brachte das auf den Punkt, als sie sagte, sie wünsche sich, die Kirchen würden erkennen, dass Frieden nicht ein Thema, sondern *das* Thema ist.«

Kerstin Deibert und Simon Bödecker

Mehr Details rund um die 11. Ökumenische Vollversammlung finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten.

Zwei Seiten einer Medaille

Aachener Friedenspreis 2022 für Holger Rothbauer und Mwatana



In der ehrwürdigen Aula Carolina fand am Antikriegstag, dem 1. September 2022, die feierliche Verleihung des 35. Aachener Friedenspreises statt. Geehrt wurden die jemenitische Menschenrechtsorganisation Mwatana for Human Rights und unser langjähriger Mitstreiter und Rechtsanwalt Holger Rothbauer.

Unterstützung für Kriegs- und Folteropfer

Mit seiner Wahl ist dem Aachener Friedenspreis ein Meisterstück gelungen: Die Arbeit der diesjährigen Preisträgerinnen und Preisträger ist grundverschieden und steht doch sinnbildlich für zwei Seiten einer Medaille. Die jemenitische

Organisation Mwatana for Human Rights dokumentiert unter Lebensgefahr Menschenrechtsverbrechen aller Kriegsparteien im Jemen. Zudem leistet sie Hilfe und juristische Unterstützung für Kriegs- und Folteropfer. Noria Al-Hossini und Osamah Al-Fakih hatten den weiten Weg nach Aachen auf sich genommen, um den Friedenspreis für ihre Organisation entgegenzunehmen. Sie berichteten, bei ihrer Arbeit Bedrohungen, Reiseverboten und gewaltsamem Verschwindenlassen ausgesetzt zu sein. Und sie beklagten die erschreckenden Doppelstandards des Westens, der das Leid der Menschen im Jemen einfach vergesse. Auch dort müssten Kriegsverbrechen endlich international verfolgt werden!

Illegale Waffenexporte vor Gericht gebracht

Während Mwatana im Jemen die grausamen Auswirkungen des Waffeneinsatzes dokumentiert und lindert, versucht Rechtsanwalt Holger Rothbauer, illegale Waffenexporte in Deutschland vor Gericht zu bringen. Mit den historischen Urteilen zu Heckler & Koch und Sig Sauer habe er wohl »ein bisschen Strafrechtsgeschichte geschrieben«, schmunzelte Rothbauer. Einzelkämpfer und mutige Organisationen seien nötig, um die Machenschaften der Rüstungskonzerne zu skandalisieren. Vor allem aber müsse dem Waffenhandel endlich ein gesetzlicher Riegel vorgeschoben werden. Über die Ehrung zeigte sich Rothbauer sichtlich gerührt. Sie helfe ihm schon jetzt dabei, bis in die hohe Politik mehr Gehör zu finden. Gleichzeitig habe er großen Respekt und Demut vor der mutigen Arbeit von Mwatana: »Noria und Osamah sind die ersten, die im Zweifel mit unseren Waffen im Jemen ermordet werden«, sagte Rothbauer und verwies auf den Einsatz deutscher G29-Scharfschützengewehre in Sana'a. »Diese Vorstellung ist so schrecklich, dass es unbedingt gilt, dem Einhalt zu gebieten.«

Simon Bödecker

Unseren ausführlichen Bericht von der Preisverleihung finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten.

Die stolzen Preisträgerinnen und Preisträger: Holger Rothbauer, Osamah Al-Fakih und Noria Al-Hossini
Foto: Simon Bödecker

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Welt verändert sich. Vielen von uns schwirrt der Kopf und es scheint kaum möglich, das Ausmaß der globalen Umbrüche vollständig zu erfassen. Klimakrise, Pandemie und der Krieg in der Ukraine haben eine Zeit der Selbstvergewisserung und kritischen Auseinandersetzung für friedenspolitische Akteure wie Ohne Rüstung Leben eingeläutet. In einer solchen Zeit ist es essenziell, sich auf die zugrundeliegenden Wurzeln und Werte unseres Engagements für Frieden zu besinnen. Die Vision einer Welt, in der Gesellschaften die Fähigkeiten und den politischen Willen entwickelt haben, Konflikten mit Verhandlungen statt militärischer Gewalt zu begegnen, mag dieser Tage wie eine Utopie erscheinen. Keineswegs jedoch ist sie naiv oder träumerisch. Nein, sie ist richtig, wichtig und notwendig! Unterstützen Sie uns deshalb dabei, Bundestagsabgeordnete dafür zu gewinnen, Deutschlands Friedensfähigkeiten zu stärken (Seite 2).

Auch bei mir persönlich findet Veränderung statt. Nach acht Jahren erfüllender Mitarbeit bei Ohne Rüstung Leben schlage ich neue Wege ein. Mit viel Dankbarkeit blicke ich auf die wertvolle Zusammenarbeit mit unseren ehrenamtlichen Gremien und meinen Kolleginnen und Kollegen zurück. Und auch Ihnen möchte ich von Herzen danken: für Ihr ermutigendes Engagement und Ihre vertrauensvolle Unterstützung.

Ihre

Kerstin Deibert



Impressum

Herausgeber

Ohne Rüstung Leben
Arndtstraße 31
70197 Stuttgart
Telefon 0711 608396
E-Mail orl@gaia.de
www.ohne-ruestung-leben.de

Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart
ZKZ 7014, PVSt, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt

Verantwortlicher

Redakteur

Simon Bödecker

Auflage

15.000

Informationen zum

Datenschutz

www.ohne-ruestung-leben.de/datenschutz

Redaktionsschluss

21. September 2022



Inhalt

1 | Titel

Die zivilen Friedensfähigkeiten stärken!

2 | Aktion

Erklärung für Bundestagsabgeordnete

3 | Hintergrund

»Sprecht mit denen, findet eine Lösung«
Vorschläge und Impulse für
Verhandlungen im Ukraine-Krieg

6 | Hintergrund

Der F-35-Bomber ist teuer und hat
zahlreiche Mängel

8 | Aktuell

Auf erschreckend hohem Niveau
Deutsche Rüstungsexporte 2021 und 2022

10 | Aktion

11. Vollversammlung des Ökumenischen
Rates der Kirchen

11 | Aktuell

Aachener Friedenspreis 2022 für
Holger Rothbauer und Mwatana

Spenden

Ohne Rüstung Leben
IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41
BIC GENODEF1EK1 | Evangelische Bank
www.ohne-ruestung-leben.de/spenden